

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Trotz der am 22. 07. 2013 verkündeten Sommerpause für Montagsdemos, trafen sich am vergangenen Montag, den 5. 08. 2013, wieder zahlreiche Demonstranten (geschätzt 300 – 400 Personen) nebst Presse zu einer außerordentlichen Demo.

Anlass war ein vom MDR Fernsehen angekündigtes Presseinterview mit dem Oberbürgermeister Robby Risch. Im Anschluss sollten Aufnahmen von der Demo gemacht werden und Bürger über ihre Meinung zum noch amtierenden OBM und den Zuständen in WSF befragt werden. Allerdings lehnte der MDR ein Interview mit Risch ab. Der OBM war nicht bereit über die Hintergründe seiner politischen 180 Grad Kehrtwende zu berichten und über seine jetzige Rolle als oberster Interessenverwalter eines Fleischkonzerns. Damit war der Einsatz eines Fernsehteams in WSF nicht vertretbar. Der MDR versprach allerdings die Ereignisse in WSF genauestens zu verfolgen. Dass dies dringend notwendig ist, zeigt nachfolgendes Beispiel.

Beim letzten „Runden Tisch“ wurde seitens der BI für soz. ger. Abwasserabgaben unter anderem die Offenlegung der Tönniesverträge zur Abwasserbehandlung gefordert. Eigentlich kein Problem, hatte doch Tönnies selbst in einem MZ Interview Anfang des Jahres dies zugesagt (Veröffentlichung in einem angemessenen Zeitraum). Dabei kommt es gar nicht darauf an, ob für Tönnies ein angemessener Zeitraum das nächste Jahrzehnt oder das nächste Jahrhundert ist. Tönnies unterliegt der Entsorgungspflicht einer kommunalen Einrichtung. Alle Preise und Kostenkalkulationen sind zu veröffentlichen und stehen allen Bürgern dieser Stadt zur Verfügung: Es gibt in diesen Fragen keinen Spielraum für Betriebsgeheimnisse. Genau hier werden Zusammenhänge einer verfehlten Kommunalpolitik sichtbar, die bei den Bürgern den Eindruck von Korruption und Vetternwirtschaft hinterlassen, bzw. da schon vorhanden, diesen noch weiter verstärken. Herr Dittmann, GF der AöR Abwasser WSF, verweigert der BI die Herausgabe und auch die bloße Einsicht in „Geheim“ – Verträge mit Tönnies, sowie alle Infos zu den der Fa. Tönnies zugesagten Spezialpreisen, Kostenberechnungen und allen sonstigen Nebenabsprachen. Bei den Bürgern steht insbesondere der fragwürdige und nicht nachvollziehbare Starkverschmutzerzuschlag im Fadenkreuz der Kritik (ist als ausgemachte Verschleierungstaktik und damit als indirekte Subvention eines Großkonzerns auf Kosten und zu Lasten der kleinen Leute zu betrachten!!!).

Er wird wohl gute Gründe dafür haben, den Bürgern von WSF diese Informationen strikt zu verweigern. Ein entscheidender Grund ist, er hat sich in kürzester Zeit vollständig dem Willen des obersten Tönnies – Interessenverwalters, d. h. des Oberbürgermeisters Risch ausgeliefert. Dies war bereits nach den ersten Tagen seines Dienstbeginns und seinen ersten Auftritt beim Runden Tisch erkennbar. Schon damals haben wir sie über unsere Befürchtungen informiert, dass eigenständiges Handeln und Denken bzw. die Umsetzung in bürgernahe Politik nicht zu den Stärken eines Herrn Dittmann gehört. Er handelt lieber frei nach dem Motto „wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing“. Dass seitens OBM Risch ein entschiedener Kampf gegen jegliche Bürgerrechte geführt wird, kann nach den letzten Ereignissen (Bürgerbegehren Nordrampe) kaum noch ein WSF`ser bezweifeln. Wir werden darüber zur nächsten Montagsdemo am 02. 09. 2013 berichten (es sind wie immer alle Bürger herzlich eingeladen).

In den letzten „Demo News“ im Internet unter [www. weissenfelderseiten.de](http://www.weissenfelderseiten.de) wurde ausführlich über die Stadtratssitzung vom 18. 07. 2013 berichtet (hitzige Tage in WSF).

Eine große Rolle spielte dabei das leider überhaupt nicht vorhandene Demokratieverständnis vom Stadtratsvorsitzenden Freiwald (Linke) des Oberbürgermeisters mit Verwaltung und von einer Mehrheit des Stadtrates. Schon lange bemängeln Bürger und natürlich auch die Mitglieder der BI, wie gerade hier in WSF ein ganz besonders obskures System bei der Durchführung von Gemeinderatssitzungen durch Verantwortliche und Vorteilsnehmer etabliert wurde. Ein großer Teil der Stadträte (bis zu 85%) sind während Gemeinderatssitzungen „unsichtbar“. Es erfolgen zu Beschlüssen anonyme Zahlenangaben (so und so viel dafür oder dagegen). Eine Zuordnung zu einem politischen Lager, Partei, Fraktion oder einzelnen Rat ist nicht möglich. Für eine Mehrheit im Rat ist es sehr bequem, sich nicht für eine vertretene Meinung oder Entscheidung verantworten zu müssen. Daher auch die vehemente Absage zu Forderungen nach namentlicher Abstimmung. Es sind zumeist die Sitzungsgelderschleicher, die sich kommentarlos den Wortführern der Lobbyvertreter der LM Konzerne (Linke, OBM und Teile der CDU) anschließen bzw. unterordnen. Dem besonderen WSF-er Beziehungsgeflecht steht damit Tür und Tor für ihre unsägliche Politik zum Eigennutz einiger weniger und ihrer schamlosen Bedienung am kommunalen Eigentum offen. Dies wollen und können wir als Bürger dieser, unserer, Stadt nicht mehr hinnehmen. Durch den Vorstand der BI wurde deshalb in einem Schreiben an die Untere Kommunalaufsichtsbehörde auf die skandalösen Zustände zu den Stadtratssitzungen in WSF aufmerksam gemacht (mit Kopie an Landrat Harri Reiche, Obere Kommunalaufsicht, Referat Kommunalrecht und Oberste Kommunalaufsicht, MdI Herr Stahlknecht). Die BI ist gewillt hier Änderungen zu erzwingen, notfalls auch beim europäischen Gerichtshof für Menschen – und Bürgerrechte. Es geht darum, ob das Prinzip der Öffentlichkeit auch in WSF als tragende Säule des Kommunalrechts anerkannt wird oder alles beim oben geschilderten System bleibt. Öffentlichkeit der Sitzung heißt, den Bürgern, der Öffentlichkeit, steht es zu, an Sitzungen der kommunalen Vertretungen als Zuhörer und Zuschauer teilzunehmen. Damit soll die Arbeit jedes einzelnen Mandatsträgers beurteilt werden können. Dieser eherne Grundsatz demokratischer Ordnung wird in Weißenfels verletzt und vom verantwortlichen Stadtratsvorsitzenden Freiwald (Linke) bewusst hintertrieben (siehe dazu Video v. Stadtrat v. 18. 7. 2013 auf WSF-er Seiten)

Die BI wird daher neben der Aussprache über die inakzeptable Amtsführung des OBM Risch auch die des Stadtratsvorsitzenden in einem Antrag als zu behandelndes Thema im Stadtrat einbringen.

Die aktuelle Diskussion über die verfehlte Landespolitik in Sachsen Anhalt zeigt, dass dieses Land, was Bürgerrechte, Korruption betrifft, völlig abgetriefft ist und sich nun mit Ländern wie Russland oder Rumänien vergleichen lassen muss. Die in der MZ vom 8. 8. 2013 veröffentlichte Meinung, dieses Land sofort abschaffen, wäre eine Lösung. Im Bezug auf die gerügte Landespolitik nimmt WSF in negativer Hinsicht sicher den unangefochtenen Spitzenplatz unter den Städten des Landes ein. Ein über Jahrzehnte gepflegtes Beziehungsgeflecht zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik zeigt hier in ganz besonderer Schärfe ihre Schattenseiten. Der unkontrollierte Wildwuchs des Schlachtbetriebs ist das düsterste Beispiel in Sachsen Anhalt und leider ist noch keine Lösung in Sicht. Verschärfend hat sich der „Seitenwechsel“ des Oberbürgermeisters Risch vom bürgerbewegten zum totalen Interessenvertreter des LM Konzerns Tönnies ausgewirkt. Die Forderung zur Auflösung des Landes sollte unbedingt auch auf Weißenfels ausgeweitet werden, hier in unverzügliche Abwahl des OBM, Rücktritt des

Stadtrates und teilweiser Erneuerung der obersten Verwaltungsebene (Absetzen von Vorteilsempfängern und willfähriger Helfer in den Ämtern) gehören zu den dringend erforderlichen Neustart in WSF. Zur besonderen Ironie der Geschichte gehört, dass Risch genau diese Forderungen zur Kernaussage seines Wahlkampfes ums Bürgermeisteramt im Jahr 2008 gemacht hatte. Was dann kam, war die Fahrt des neuen OBM nach Retha Wiedenbrück...

Neben unserem Kernthema, sozial gerechte Abwasserbeiträge, werden wir weiter auf die Notwendigkeit politischer Veränderung gerade hier in WSF aufmerksam machen.

Ihr Vorstand für sozial gerechte Abwasserbeiträge

Bilder zur Stadtratssitzung

Skizze Ratssaal mit Prozentangabe von „sichtbaren“ Stadträten

Schreiben an Untere Kommunalaufsicht